

Textarchiv

"Uns eint, dass wir die Welt verbessern wollen"

Die jungen Bundestags-Abgeordneten Marco Bülow (SPD), Stefan Liebich (Linke) und Nicole Maisch (Grüne) über ihre Annäherungsversuche

Regine Zylka, Sabine Rennefan

BERLIN. Bisher wollen ihre Parteien nichts von einer Koalition im Bund wissen. Marco Bülow (SPD), Stefan Liebich (Linke) und Nicole Maisch (Grüne) finden aber, "die Welt ist bunter". So heißt ein Aufruf, den sie vor zwei Wochen zusammen mit anderen jungen Politikern veröffentlicht haben. Sie fanden sich im Lokal Pasternak im Prenzlauer Berg im vergangenen Dezember. Es wurde ein Arbeitsprogramm entwickelt, im Sommer soll ein erstes Papier veröffentlicht werden. Die linke Denkfabrik "Institut Solidarische Moderne" von Andrea Ypsilanti (SPD) und Katja Kipping (Linke) ist unabhängig von ihnen entstanden, aber im Kern wollen alle das Gleiche: den Weg für rot-rot-grüne Koalitionen ebnen.

Über 20 Jahre ist der Mauerfall nun her, aber das linke Lager hat nicht zusammengefunden. Woran liegt es?

Marco Bülow: Nahe Konkurrenten bekämpfen sich immer am stärksten. Das ist innerparteilich häufig so und auch zwischen Parteien. Einige Figuren haben das Verhältnis zusätzlich erschwert. Aber das ist wohl normal. In der Politik geht es immer auch um Personen und ob die miteinander umgehen können.

Stefan Liebich: Was wir im Moment machen, ist der Neustart einer Idee, die es in den 90er-Jahren schon einmal gab. Damals haben Leute in der PDS, in der SPD und auch bei Bündnis 90/Die Grünen Gespräche miteinander geführt, weil sie gesagt haben, es braucht eine Alternative zu Helmut Kohl. Die gab es 1998 dann ja auch. Leider meinten SPD und Grüne, es geht ohne die PDS.

Nicole Maisch: Das stimmt, wir haben eine Weile gebraucht, um das Fünf-Parteien-System anzuerkennen. SPD und Grüne hatten gehofft, dass die Linke sich nicht stabilisiert. Nun ist sie auf Bundesebene fest verankert, und wir müssen damit umgehen. Wenn wir eine Mehrheit jenseits von Schwarz-Gelb wollen, und das wollen wir, dann müssen wir auch an diese Option denken. Dem könnte man das Etikett 'linkes Projekt' aufkleben, aber darum geht es gar nicht. Es geht um die Inhalte wie ökologische Erneuerung, soziale Modernisierung oder um Demokratie und Bürgerrechte.

Gerade Ihre Partei, Frau Maisch, hat große Vorbehalte gegen die Linke. Stichwort Vergangenheitsbewältigung. Spielt das keine Rolle mehr?

Maisch: Man muss zur Kenntnis nehmen, dass die Linke als Partei viel geschafft hat. Natürlich ist die Debatte nicht beendet. Sie kann befördert werden, wenn auch linke Regierungsbündnisse in greifbare Nähe rücken.

Bülow: Die Vergangenheit muss aber fairer und offener diskutiert werden. Das gilt auch für die Blockflöten von Union und FDP. Sie darf nicht als Argument gelten, eine Zusammenarbeit grundsätzlich abzulehnen. Mir geht es erstmal um eine Normalisierung, um Lockerungsübungen. Die SPD hat ja ein Nicht-Verhältnis zur Linkspartei.

Liebich: Eine kritische Auseinandersetzung ist notwendig, wie Brandenburg gezeigt hat, und wir wollen sie auch selbst. In einem Punkt werde ich für Verständnis: Wenn jemand im DDR-System verstrickt war, ist das allein für uns kein Grund, ihn nicht mehr Politik machen zu lassen. Das müssen SPD und Grüne wissen. Wir erwarten allerdings eine ehrliche Auseinandersetzung von Politikern unserer Partei mit ihrer Vergangenheit.

Ist es für Sie als Jüngere einfacher, Gemeinsamkeiten zu finden?

Maisch: Ich glaube ja. Es gibt eine größere kulturelle Nähe, wir alle haben die Kohl-Ära ähnlich wahrgenommen, als gesellschaftlichen Stillstand.

Sind Sie auch Facebook-Freunde?

Bülow: Ja, wobei das keine Abgrenzung gegen die anderen Parteien sein dürfte. Die Jüngeren sind doch alle bei Facebook angemeldet. Eher ist es so, dass wir ähnliche Bücher lesen, ähnliche Initiativen und Demos besuchen und in ähnliche Kneipen gehen. Bei Philipp Mißfelder .

. dem Chef der Jungen Union ...

Bülow: . der aus meinem Nachbarwahlkreis kommt, weiß ich genau: Was der mag, mag ich eher nicht. Selbst wenn wir im selben Stadtteil wohnen würden, würden wir uns kaum begegnen.

Ist das wirklich nur kulturell bedingt oder auch ideologisch?

Maisch: Das ist links. Jemand von der SPD hat mal bei einer Grünen-Veranstaltung gesagt: Uns eint, dass wir die Welt verbessern wollen. Das hört sich etwas naiv an, aber drückt eine bestimmte Haltung zum Politischen aus. Wir wollen nicht nur verwalten, sondern das Politische zurückerobern.

Liebich: In unserer Generation spielt keine große Rolle mehr, ob man aus Ost oder West kommt. Man fragt sich zwar, tauscht sich aus, aber diese Gewissheit, die mir manchmal bei Älteren auffällt, die wissen, wie sie sich in der DDR verhalten hätten, diese Fremdheit ist immer weniger vorhanden. Ich habe die rot-grüne Regierung und auch die schwarz-rote als eine West-Regierung empfunden.

Oskar Lafontaine hat von der SPD stets einen kompletten Kurswechsel verlangt. Ist jetzt Schluss damit, Herr Liebich?

Liebich: Die Diskussionen sind durch den Rückzug von Oskar Lafontaine weder leichter noch schwerer geworden. Es gibt große Unterschiede zwischen unseren drei Parteien, und anders als Rot-Grün sagen wir das auch. Wir kriegen nur Mehrheiten, wenn wir unsere unterschiedlichen Profile herausarbeiten und zugleich Schnittmengen finden. Kein Mensch braucht dreimal die Linkspartei.

Bülow: Das Problem der SPD war, dass sie sich in ihrer Realpolitik zu sehr von ihrer Programmatik entfernt hat. Aber es muss Unterschiede geben - ohne Dämonisierung. Nur wer kooperiert, kann sich auch absetzen.

Rot-Rot in Berlin hat aber die Linke stärker gemacht.

Bülow: Das kann man so nicht sagen. Bei der letzten Abgeordnetenhauswahl 2006 hat die SPD zugelegt und die Linke verloren. Letztlich liegt es immer an der jeweiligen Partei und ihrer Führung. Das gilt für alle Bündnisse. Ich halte nichts davon, zu sagen, eigentlich waren wir die Besseren in der großen Koalition, leider waren die Wähler zu dumm, es zu merken. Wer bei 23 Prozent landet, muss auch überlegen, welche Fehler er gemacht hat. Meine Angst ist eher, dass unsere Wähler irgendwann ganz weg sind, wenn wir keine Machtoption außer der großen Koalition haben.

Müssten SPD, Linkspartei und Grüne schon in der Opposition stärker zusammenarbeiten?

Maisch: Es gibt keine Koalition in der Opposition. Wenn es uns gelingt, bei einzelnen Themen Druck aufzubauen und die Politik der Regierung zu verändern, fände ich das aber gut. Ich sitze nicht im Parlament, um die Grünen als Partei zu stärken, sondern um meine Inhalte durchzusetzen.

Welche zum Beispiel?

Maisch: Wir sollten zusammen dafür kämpfen, dass Schwarz-Gelb den Atomausstieg nicht zurückdreht.

Liebich: Im Fall Kundus hat die Zusammenarbeit schon ganz gut funktioniert, auch wenn sie nicht abgesprochen war. Wir haben die Regierung so lange kritisiert, bis ein Minister zurücktreten musste. Ich sehe aber Reserven. Die Nachwehen früherer Auseinandersetzungen sind stärker spürbar, als es sinnvoll

ist. Bei der SPD gibt es einen Rechtfertigungsdruck, dass sie die besseren Mitregierenden wären, und bei uns herrscht das Gefühl vor, man müsse der SPD und auch den Grünen ständig erzählen, was sie früher für schlimme Dinge gemacht haben. Die Führungen der drei Fraktionen sollten die Gemeinsamkeiten etwas engagierter anpacken.

Sollte es soweit gehen, dass sie gemeinsame Positionen etwa zur Rente mit 67 erarbeiten?

Bülow: Ich sehe das Problem grundsätzlicher. Die Struktur im Bundestag ist ziemlich verkrustet. Gibt die Regierung etwas vor, folgen die Regierungsfractionen gehorsam, und die Opposition ist prinzipiell erstmal dagegen. Noch abstruser ist, dass die eine Oppositionspartei sich bei einem Antrag der anderen Oppositionspartei enthält oder ihn ablehnt, obwohl er fast identisch ist mit dem eigenen. Oder die eine stellt einen Antrag gegen die Regierung und dann stellt die andere auch schnell einen, anstatt zu sagen, den tragen wir mit. Bei aller notwendigen Konkurrenz: Da hat sich eine Abgrenzungsstrategie entwickelt, die einer lebendigen Demokratie nicht würdig ist.

Bei der Wahl in Nordrhein-Westfalen im Mai wird es wohl wieder nichts mit Rot-Rot-Grün?

Liebich: Ich bitte daran zu denken, dass die Linkspartei in Nordrhein-Westfalen zunächst darum kämpft, in den Landtag einzuziehen. Dass Jürgen Rüttgers abgelöst wird, ist möglich. An uns wird das nicht scheitern. Aber es ist schwer.

Würden die Grünen in Düsseldorf nicht ohnehin lieber mit der CDU koalieren, Frau Maisch?

Maisch: Bei uns ist das kein großer Stress mehr mit diesen Farbenspielen. Die Grünen wissen genau, wer sie sind, und suchen sich die Partner, mit denen sie die meisten grünen Inhalte durchsetzen können. Schwarz-Grün dort würde nicht bedeuten, dass Rot-Rot-Grün auf Bundesebene gestorben wäre.

Sehen Sie das auch so, Herr Bülow?

Bülow: Wir wollen gemeinsam mit den Grünen Rüttgers ablösen. Die Linken in NRW sind schwierig. Dass die SPD mit der Linkspartei zusammenarbeitet, halte ich deshalb augenblicklich für nicht wünschenswert und für sehr, sehr unwahrscheinlich.

Sind Ihnen die Parteifreunde in Düsseldorf zu sehr auf Opposition getrimmt, Herr Liebich?

Liebich: Auch die PDS in Ostdeutschland ist 1990 nicht mit der Ansage angetreten: Wir wollen regieren. In der Frage gab es ganz lange Streit bei uns. Der wurde dadurch gelöst, dass unsere Wahlergebnisse immer besser wurden. Wenn man beispielsweise in Marzahn über 50 Prozent der Stimmen erhält, ist die Debatte zu Ende. Dann ist man in der Verantwortung, weil die Wähler einem den Auftrag gegeben haben. Die Genossen im Westen sind da erst am Anfang.

Wann, glauben Sie, wird Rot-Rot-Grün im Bund möglich?

Liebich: 2013 muss es eine klare Alternative zu Schwarz-Gelb geben.

Maisch: Wir müssen jetzt entscheiden, wer zahlt für die Krise? Wir wissen, wie der Haushalt aussieht. Wenn man sagt, Rot-Rot-Grün, das geht er erst in vielen Jahren, schränken wir von vorneherein unsere Machtoptionen ein und machen uns aktionsunfähig.

Bülow: Wir sind noch jung, auch in sieben, acht Jahren gibt es noch die Möglichkeit für eine Koalition. Deshalb würde ich mich nicht auf 2013 fokussieren, aber es muss zumindest denkbar sein. Nicht dass es am Ende wieder auf eine Große Koalition zuläuft, nur weil man sich mit Rot-Rot-Grün fremd fühlt.

2013 hätten Sie bei der Haushaltssanierung schon Ihre erste Koalitionskrise. Wie würden Sie die spendable Linke, die auch die Schuldenbremse ablehnt, zum Sparen bringen?

Liebich: In der Realität gibt es diesen Konflikt doch nicht. Als wir in Berlin 2001 in die Regierung eingestiegen sind, hatten wir auch kein Geld zu verteilen. Wir mussten den Haushalt sozial gerecht sanieren, das war unsere Priorität. Ganz ohne Schuldenbremse. Wir haben großen Krach mit dem öffentlichen Dienst gehabt, und viele sind bis heute sauer. Aber wir haben auch gesagt, wir steigen aus

der massiven Subventionierung der Westberliner Immobilienwirtschaft aus. Das hätte keine andere Koalition so gemacht.

Maisch: Das ist das Gute bei unseren Treffen, dass man solche Konflikte wie bei der Schuldenbremse aushalten kann und versteht, wo die anderen stehen. Es geht darum, bestimmte Konflikte zu diskutieren und durchzustehen.

Apropos: Wie war die Reaktion auf den Oslo-Aufruf in ihren Parteien?

Liebich: Es gab eine große Resonanz bei den Mitgliedern, besonders bei den Älteren.

Maisch: Mein Flügel, der Realoflügel, war entspannt, von der Basis gibt es hauptsächlich positive Reaktionen.

Und Sie, Herr Bülow, haben Sie Ärger bekommen in der SPD?

Bülow: So würde ich es nicht nennen. Klar, man ist ein bisschen nervös wegen der NRW-Wahl. Es gab Diskussionen in der Fraktion, dass es vielleicht ein ungünstiger Zeitpunkt war. Wir hätten uns natürlich weiter klammheimlich treffen und das weiter in den Sommer hineinschieben können. Aber wir diskutieren hier über Berlin und den Bundestag und nicht über die NRW-Wahl. Ich nehme aber die Kritik auf. Und aus meinem Wahlkreis haben ich sehr viele positive Reaktionen bekommen, auch von Leuten, die sich dem linken Spektrum zuordnen, aber keiner Partei mehr vertrauen. Zwei wollten sogar sofort in die Partei eintreten.

Maisch: Die Frage ist auch, wie man Politik macht. Wenn wir jetzt alle Staatssekretär werden wollten, würden wir uns in klandestinen Hinterzimmern treffen.

Liebich: Ich will nicht Staatssekretär werden.

Das ist Ihre Frau ja schon ...

Maisch: Wir haben einen anderen Anspruch, das eint uns auch. Man hat das Gefühl, dass Demokratie zu einer Elitenveranstaltung wird. Wir haben schon was gewonnen, wenn wir mit einer gemeinsamen Idee Menschen zum Mitmachen aktivieren. Wir wollen raus aus Berlin, durch die Länder touren, mit der Basis reden.

Meinen Sie, dass Ihnen Ihr Engagement auch Nachteile in der Partei bringen könnte?

Bülow: Ich habe mich im Kohlerevier Dortmund in der SPD schon vor zehn Jahren für erneuerbare Energien eingesetzt. Das war auch kein Gewinnerthema, ich bin trotzdem Abgeordneter geworden. Manchmal muss man gegen eine Mehrheit agitieren. Willy Brandt hat die Ostpolitik durchgesetzt, das war eine Minderheitenposition. Rot-Grün hat auch so begonnen.

Die Jungen müssen mal ihren Ruf loswerden, dass sie so brav sind. Wo ist ihr Drang an die Spitze?

Liebich: Wir haben doch Junge an der Spitze. Caren Lay, Halina Wawzyniak, Katja Kipping. Wawzyniak sagt, dieses rot-rot-grüne Projekt will sie vorantreiben. Die Zeit, in der glatte Politikmanager das Sagen haben, klingt hoffentlich aus.

Sie sind also alle kleine Rebellen?

Maisch: Das mit der Rebellion ist schwierig. Das geht doch aber allen jungen Grünen so. Was soll man da noch machen?

Mit 25 heiraten und Kostüm tragen?

Maisch: Ich habe ähnlich jung geheiratet und besitze auch einen Hosenanzug. Das wird aber toleriert. Ungewöhnlich ist bei uns, dass eine aus dem Realo-Flügel sagt, Rot-Rot-Grün ist für mich eine Machtoption. Das ist keine Mehrheitsposition. Wer zuerst den Kopf heraussteckt, bekommt etwas ab. Dabei war unsere jetzige Auseinandersetzung doch längst überflüssig.

Bülow: Wir profitieren doch auch von der Unzufriedenheit gegen Schwarz-Gelb. Das wird uns in die Hände spielen.

Treffen Sie sich auch privat?

Bülow: Das vermischt sich manchmal.

Maisch: Einige von uns sind auch gut befreundet.

Liebich: Aber wir werden jetzt nicht gleich in eine gemeinsame WG ziehen.

Das Gespräch führten Sabine Rennefanz und Regine Zylka.

Foto: "Rebellion ist schwierig": Marco Bülow, Nicole Maisch und Stefan Liebich (v. l.) bei der Diskussion im Paul-Löbe-Haus.

Foto: Marco Bülow, 38 Jahre alt, sitzt seit 2002 für die SPD im Bundestag. Seinen Dortmunder Wahlkreis hat er zum dritten Mal direkt gewonnen, nun spricht er für die Arbeitsgruppe Umwelt und Reaktorsicherheit seiner Fraktion. Bülow hat Journalistik, Politik und Geschichte studiert.

Foto: Nicole Maisch kommt aus Hessen. Die 28-Jährige studierte Politik und Anglistik und trat 2003 den Grünen bei. Schnell wurde sie Landeschefin der Grünen Jugend. 2007 rückte sie über die hessische Landesliste in den Bundestag nach. Dort ist sie Sprecherin für Verbraucherpolitik.

Foto: Stefan Liebich sitzt seit September im Bundestag. Der 37-Jährige nahm dem SPD-Politiker Wolfgang Thierse das Direktmandat in Berlin-Pankow ab. Liebich, aufgewachsen in Ost-Berlin, führte als damaliger PDS-Landeschef die Partei in die rot-rote Regierung in Berlin.

IMPRESSUM KONTAKT MEDIADATEN

